

Außenhandel in den ersten fünf Monaten

In den ersten fünf Monaten d.J. ist der Gesamtexportwert Hongkongs gegenüber dem vorjährigen Vergleichszeitraum um 41.856 Mio.HK\$ oder 24,3% auf 214.311 Mio.HK\$ (umgerechnet 27.476 Mio.US\$) gestiegen; wovon 5.603 Mio.HK\$ (718 Mio.US\$) auf Exporte einheimischer Produkte (+7,2%) und 36.253 Mio.HK\$ (4.647 Mio.US\$) auf Exporte im Transithandel (+38,3%) entfielen. Andererseits nahm der Importwert im gleichen Zeitraum um 48.064 Mio.HK\$ (6.162 Mio.US\$) oder 26,9% auf 226.569 Mio.HK\$ (29.047 Mio.US\$) zu. Die Bilanz wies ein Defizit von 12.258 Mio.HK\$ (1.572 Mio.US\$) auf, was 5,4% des Importwertes entsprach. (XNA, 29.6.89)

Im letzten Jahr stand Hongkong an 11.Stelle aller Handelsnationen und -regionen. Sein Anteil am Welthandel betrug 1,9%. (XNA, 4.6.89)

Am 16.Juni hat die Hongkonger Regierung den Import von Rohelfenbein suspendiert, um die Rettung der afrikanischen Elefanten vor dem Aussterben zu unterstützen. Hongkong ist bislang der größte Importeur von Elfenbein in der Welt. Im letzten Jahr importierte es 264 t Elfenbein auf legalem Weg. (XNA, 18.6.89) -ni-

Oskar Weggel

Ausländische Reaktionen auf das Massaker von Beijing

1.

Der Europäische Rat

Der "Europäische Rat", bestehend aus den zwölf Regierungschefs/Staatsoberhäuptern der EG-Mitgliedstaaten, die am 26. und 27.Juni in Madrid tagten, brachte, wie es in Punkt 6 der offiziellen Schlußerklärung heißt, seine "tiefe Besorgnis über die Lage in China zum Ausdruck" und gab folgende "Erklärung" ab: "Der Europäische Rat verurteilt aufs schärfste unter Hinweis auf die Erklärung der Zwölf vom 6.Juni die brutale Repression, die in China ausgeübt wird. Er bringt seine Bestürzung zum Ausdruck über die Fortsetzung der Hinrichtungen trotz aller Appelle der internationalen Gemeinschaften. Er fordert die chinesischen Behörden feierlich dazu auf, mit den Hinrichtungen aufzuhören und die repräsentativen Maßnahmen gegen die Menschen, die ihre legitimen demokratischen Rechte einfordern, zu unterlassen.

Der Europäische Rat fordert die chinesischen Behörden auf, die Menschenrechte zu achten und die Hoffnungen auf Freiheit und Demokratie zu berücksichtigen, die im Innersten der Bevölkerung zum Ausdruck gekommen sind. Er betont, daß dies ein grundlegendes Element ist für die Fortsetzung der Reformpolitik und der Öffnung, die die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten unterstützt haben.

Die Zwölf sind sich der Tatsache bewußt, daß die jüngsten Ereignisse tiefe Beunruhigung in Hongkong hervorrufen haben.

Unter den gegenwärtigen Umständen hält der Europäische Rat folgende Maßnahmen für notwendig:

- Die Frage der Menschenrechte in China wird in den entsprechenden internationalen Gremien aufgegriffen werden, ebenso die Forderung, daß unabhängigen Beobachtern Zugang zu den Prozessen gewährt wird und Besucher in den Gefängnissen zugelassen werden.

- Unterbrechung der militärischen Zusammenarbeit sowie Verhängung eines Embargos über jeglichen Waffenhandel der Mitgliedstaaten mit China.

- Aussetzung der zweiseitigen Kontakte auf Ministerebene und anderer hochrangiger Kontakte.

- Vertagung neuer Projekte der Zusammenarbeit durch die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten.

- Reduzierung der Programme für kulturelle, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit auf solche Aktivitäten, die unter den gegenwärtigen Umständen noch einen Sinn haben.

- Verlängerung der Sichtvermerke für die chinesischen Studenten, die dies wünschen, durch die Mitgliedstaaten.

Unter Berücksichtigung der ungewissen Situation im wirtschaftlichen Bereich, die durch die gegenwärtige Politik der chinesischen Behörden geschaffen wurde, spricht sich der Europäische Rat für die Verschiebung der Prüfung neuer Anträge auf Kreditbürgschaften und für die Verschiebung der Prüfung neuer Kredite der Weltbank aus.¹

Noch wenige Wochen vorher, nämlich Anfang Mai, hatte in Shanghai ein internationales Seminar unter dem Titel "Europe 1992" stattgefunden, an dem

über sechzig chinesische und ausländische Regierungsvertreter sowie Wirtschaftsrepräsentanten und Wissenschaftler teilnahmen. Pierre Duchateau, EG-Botschafter in China, hatte dabei ausgeführt, daß die Errichtung eines Gemeinsamen Europäischen Marktes den Chinesen eine gute Chance gebe, noch intensivere Beziehungen nach Westeuropa hin zu entwickeln. 1988 habe das gesamte Handelsvolumen zwischen China und der EG 12 Mrd. US\$ betragen. Chinesische Referenten hatten immer wieder auf Schwierigkeiten und Hemmnisse chinesischer Importe in den EG-Markt hingewiesen. Shanghaier Repräsentanten sagten, daß von 1,7 Mrd. US\$ Technologie- und Ausrüstungsimpporten, die zwischen 1983 und 1988 von Shanghai getätigt worden seien, über die Hälfte aus der EG stammte. Shanghai führe z.Zt. in Zusammenarbeit mit der EG über 100 Projekte durch.

Das Seminar war initiiert worden durch die Shanghaier Vereinigung für Sozialwissenschaften und durch die deutsche Lufthansa.²

Am 29.6. äußerte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums "tiefes Bedauern über die Erklärung des Europarats: "Bevor der Europarat die Wahrheit über die Niederwerfung der konterrevolutionären Rebellion in China erfahren hat, ging er so weit, am 27. Juni überstürzt eine Erklärung abzugeben, in der anmaßende Anschuldigungen gegen China erhoben wurden, und traf einseitige Beschlüsse, die die bilateralen Beziehungen gefährden. Die chinesische Regierung kann nicht umhin, ihr tiefes Bedauern über dieses unsinnige Vorgehen des Europarats zum Ausdruck zu bringen." Es gehöre voll und ganz zu Chinas souveränen Rechten, daß seine Regierung in Übereinstimmung mit der Verfassung und den Gesetzen des Landes (sic!) die kürzliche konterrevolutionäre Rebellion in Beijing unterdrückt habe, die darauf abzielte, die VR China zu zerrütten. Die chinesische Regierung werde ihre Politik der Reformen und der Öffnung nach außen sowie ihre Außenpolitik des Friedens auch in Zukunft weiterverfolgen.³

2.

Bonn

Am 22.6.1989 stellten die Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und der Grünen den Antrag, der Bundestag wolle beschließen:

"Die chinesische Regierung hat die weltweiten Appelle, zu einer Politik des Dialogs mit der Demokratiebewegung zurückzufinden und die Verhaftungs- und Repressionswelle gegen deren Exponenten einzustellen, bisher taten- und kommentarlos übergangen. Statt dessen hat sie bereits in ersten Schnellverfahren Todesurteile gegen Arbeiter und Studenten verhängt, die jetzt in einer Reihe von Fällen öffentlich vollstreckt worden sind.

Der Deutsche Bundestag verurteilt die Todesurteile und ihre Vollstreckungen aufs schärfste. Er fordert gemeinsam mit der Bundesregierung die chinesische Regierung mit Nachdruck auf, weitere Todesurteile weder zu verhängen noch zu vollstrecken, statt dessen die von ihr angeklagten und verfolgten Personen zu begnadigen und alle politischen Prozesse niederzuschlagen.

Der Deutsche Bundestag bekräftigt seine von allen Fraktionen gemeinsam verabschiedete Entschließung vom 15. Juni 1989 (Drs. 11/1490). Er fordert und bekräftigt insbesondere:

- daß sich der Weltsicherheitsrat, die Generalversammlung und die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen unverzüglich mit den gravierenden Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik China befassen;

- daß die Weltbank die Vergabe weiterer Kredite an die Volksrepublik China sofort aussetzt;

- daß im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit weitere Kapitalhilfen und Hermes-Bürgschaften seitens der Bundesrepublik Deutschland ausgesetzt werden;

- daß die Regierung der Volksrepublik China unabhängigen Menschenrechtsorganisationen die Einreise und den Zugang zu den inhaftierten Personen gestattet."

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit gab folgende Erklärung ab:⁴ "Angesichts der blutigen Ereignisse in China haben wir gegenwärtig alle Kontrakte auf hoher politischer Ebene bis auf weiteres eingefroren, alle Reisen von deutschen Experten und Gutachtern im Rahmen

unserer bilateralen Entwicklungshilfe nach China gestoppt und unsere deutschen Berater und Fachkräfte zurückgerufen.

Damit ist die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit China z.Zt. faktisch erheblich beeinträchtigt, teilweise ist sie ganz zum Erliegen gekommen.

Bis auf weiteres werden wir keine neuen Entwicklungsprojekte mit der VR China beginnen, bereits laufende Vorhaben werden unter den gegenwärtigen Bedingungen nur fortgeführt, soweit sie unmittelbar der Bevölkerung zugute kommen.

Das am 1. Juni 1989 paraphierte Protokoll, das die künftige entwicklungspolitische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China regelt, ebenso wie das Regierungsabkommen über 220 Mio. DM Finanzielle Zusammenarbeit sind nicht unterzeichnet worden.

Wie auch das Regierungsabkommen über den Bau der Untergrundbahn in Shanghai - Finanzvolumen 460 Mio. DM - sind diese ausgehandelten, aber noch nicht vollzogenen Vereinbarungen damit rechtlich nicht wirksam; die davon betroffenen Vorhaben werden wir jetzt nicht beginnen.

Wegen der nach wie vor unklaren Lage in China haben wir weiterhin beschlossen, daß chinesische Delegationen, Praktikantenstipendiaten, deren Aufenthalt in unserem Land zu Ende geht und die bei ihrer Rückkehr in China Schwierigkeiten befürchten müssen, vorläufig hierbleiben können, ohne als Asylanten behandelt zu werden."

Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit China besteht seit 1982. Seither hat die VRCh 290 Mio. DM an Technischer Hilfe erhalten. Die "Finanzielle Zusammenarbeit" wurde 1985 aufgenommen. In diesem Bereich hat China seither 440 Mio. DM erhalten. Mit diesen Geldern wurden insgesamt mehr als 125 Projekte gefördert.

3.

Die USA

Der amerikanische Präsident Bush erklärte am 5. Juni, daß die USA ab sofort sämtliche Waffenverkäufe an China eingestellt und sämtliche bereits vorgesehene Besuche militärischer Führer beider Länder abgesagt hätten.

Es war eine höchst moderate Erklärung, die Bush - ehemaliger Repräsentant der USA in Beijing - hier abgab; trotzdem protestierte das chinesische Außenministerium gegen diese Einmischung in innere Angelegenheiten, die "absolut unannehmbar" sei.⁵ Noch kurze Zeit vorher hatte Politbüromitglied Wan Li die USA bereist und dabei u.a. auch erklärt, daß sich die Forderungen der Studenten durchaus im Einklang mit offiziellen Parteibeschlüssen befänden. Allerdings besann er sich später eines besseren, brach kurzerhand seine Visite ab und kehrte in die Volksrepublik zurück, wo er offensichtlich Selbstkritik leistete. Die amerikanisch-chinesischen Spannungen stiegen, als die amerikanische Botschaft dem Dissidenten Fang Lizhi Unterkunft gewährte. Auch in diesem Akt sah Beijing eine "Einmischung in Chinas innere Angelegenheiten". Der Zorn der chinesischen Behörden richtete sich in den nachfolgenden Wochen auch gegen amerikanische Journalisten, vor allem gegen Mitglieder der "Stimme Amerikas", von denen zwei des Landes verwiesen wurden.

4.

Die Ostblockstaaten

Auch die meisten Ostblockstaaten kommentierten die Vorgänge zurückhaltend. Am "linientreuesten" gab sich die DDR, deren Berichterstattung und offizielle Stellungnahmen Wort für Wort chinesische Propagandameldungen nachvollzogen. Im Gegensatz dazu gaben sich Teile der DDR-Bevölkerung kritisch. U.a. kam es zu Umzügen, zu kirchlichen Andachten und sogar zu einem Marsch auf die chinesische Botschaft, dem allerdings durch die Polizei Einhalt geboten wurde.

Das Thema China war auch Gegenstand eines Berichts des SED-Politbüros an das VIII.ZK-Plenum. Dabei wurden alle "westlichen Horrormeldungen" zurückgewiesen. In Wirklichkeit hätten "verfassungsfeindliche Elemente" versucht, "die friedlichen Demonstrationen der Studenten in Beijing zu einem konterrevolutionären Sturz der Volksmacht in China auszunutzen". Aus diesem Grund habe sich die "Volksmacht" gezwungen gesehen, Ordnung und Sicherheit unter Einsatz bewaffneter Kräfte wiederherzustellen. Es handle sich bei den Vorgängen um eine ausschließlich innere Angelegen-

heit der VR China, in die sich niemand einmischen dürfe. Die SED wolle sich auch in Zukunft von ihrer Politik leiten lassen, daß jedes sozialistische Land den Sozialismus entsprechend seinen Bedingungen aufbaue und jede Partei dafür gegenüber dem eigenen Volk die alleinige Verantwortung trage. Wenn bürgerliche Politiker und Ideologen die Vielfalt der sozialistischen Entwicklung zum Anlaß nehmen wollten, um einen Keil zwischen die sozialistischen Länder zu treiben, so werde sich diese Absicht nicht erfüllen.⁶

Ganz anders ein Kommentar des Staatlichen Sowjetischen Fernsehens. Dort hieß es, daß "Barbarei Barbarei bleibt, ob in Tiflis oder Beijing. ... Es wäre wünschenswert, daß wir die Lektion, die uns China jetzt erteilt, so lernen, daß wir sie nicht zu wiederholen brauchen. ... Natürlich ist alles, was in Beijing geschah und noch geschieht, innere Angelegenheiten unserer dortigen Genossen. Das gleiche dürfte man über uns allerdings nicht mehr sagen, weil wir mit der Unterzeichnung der Dokumente von Helsinki und Wien den gesamten Komplex der Rechte und Freiheiten des Menschen internationalisiert haben. Es handelt sich hier nicht mehr um eine rein innere Angelegenheit. Die Chinesen dagegen haben das Recht, so zu verfahren, wie sie es für nötig halten. Ich glaube allerdings trotzdem, daß auch die Freunde Chinas das Recht haben, ihre Meinung zu den Ereignissen zu äußern. Ich denke hier nebenbei auch an Ungarn, die CSSR und Polen und an die dort aufgetauchten Thesen von einem 'konterrevolutionären Aufruhr', die irgendetwas nicht überzeugen. Ein solcher Hinweis auf 'Konterrevolution' ist viel zu einfach, um der Situation gerecht zu werden. ... Was waren nun die Ursachen? Das wichtigste, meine ich, war das Gefälle zwischen politischen Umgestaltungen und wirtschaftlichen Reformen. Man kann zwar die Erneuerung des Sozialismus von der Wirtschaft oder aber von der Politik her beginnen; im weiteren Verlauf müssen beide jedoch unbedingt miteinander Schritt halten. Geschieht dies nicht, so werden Forderungen von unten laut. ... Bedauerlicherweise hat die chinesische Regierung auf die von ihr selbst verschuldeten Massendemonstrationen nicht demokratisch reagiert. ... Leider beginnen jetzt bereits im Westen wie-

der Fragen aufzutauchen: 'Sehen Sie, wie leicht es ist, die Bremse anzuziehen: gestern noch Zhao Ziyang, heute nicht mehr. Heute Gorbatschow und was kommt morgen? Vielleicht Panzer und Gott weiß noch wer! Sollte man sich da nicht mit der Vergabe von Krediten und mit Abrüstungsmaßnahmen zurückhalten!? Nun, im Unterschied zu China, gehen bei uns die politischen Wandlungen der Wirtschaftsreform voraus. Im Prinzip kann dies jedoch auf das Gleiche hinauslaufen. Sollte sich die Kluft zwischen Wirtschaft und Politik weiter vergrößern, so wird es schwierig sein, die Lage unter Kontrolle zu halten.'⁷

5.

Stellungnahmen einiger asiatischer Regierungen

Der japanische Ministerpräsident Sosuke Uno erklärte am 8.Juni, daß Japans Beziehungen mit China sich von denen der USA oder Europas angesichts der jüngeren Geschichte erheblich unterschieden, so daß es nicht angebracht sei, Sanktionen gegen die VRCh zu verhängen. Immerhin aber wurden die staatlichen Ausschreitungen gegen die Studenten als "unakzeptabel" bezeichnet - ein starker Ausdruck für die japanische Außenpolitik!⁸

Bei einem Besuch des japanischen Außenministers Hiroshi Mitsuzaka in Washington stimmten die USA und Japan ihre Standpunkte zu China ab: Man wolle die neue chinesische Führung in Beijing mit Blick auf das innenpolitische Vorgehen zur Zurückhaltung und Selbstbeherrschung aufrufen. Man solle die chinesische Führung davon überzeugen, daß es im Interesse Chinas liege, seine Reformen weiterzuführen. Der japanische Außenminister unterstrich noch einmal, daß Zwischenfälle wie die militärische Niederschlagung einer demokratischen Studentenbewegung für Japan unakzeptabel seien. Sowohl Japan als auch die USA orientierten sich an den "Grundwerten der Demokratie und der Freiheit". Japan werde die Wirtschaftsbeziehungen mit Beijing zwar grundsätzlich weiterführen, allerdings die weitere Entwicklung aufmerksam im Auge behalten und in seine Überlegungen auch die internationalen Reaktionen miteinbeziehen. Auf alle Fälle müsse eine internationale Isolierung Chinas verhindert werden.⁹

Zurückhaltend gaben sich die beiden "Intimfeinde" Chinas, nämlich Vietnam und Indien. Sie ließen wissen, daß sie sich in die inneren Verhältnisse Chinas nicht einmischen wollten. Nach einer Meldung des Press Trust of India sehe Delhi keinen Anlaß, die nächste Sitzung der "Gemeinsamen indisch-chinesischen Arbeitsgruppe", die für Ende Juni in Beijing vorgesehen sei, abzusa-gen.¹⁰

Kaum beeinträchtigt wurden demgegenüber die Beziehungen Koreas zu China, die ohnehin bisher nicht den Standard diplomatischer Beziehungen erreicht haben. Die Regierung in Seoul ließ überdies am 8. Juni durchblicken, daß ein chinesisch-südkoreanisches Joint Venture wie geplant am 17. Juni in Betrieb gehe.¹¹

Birma, das ein Jahr vorher seine Studentenbewegung ebenfalls blutig niedergeschlagen hatte, äußerte "Verständnis und Sympathie".¹²

Das malaysische Außenministerium erklärte am 8. Juni, daß die Regierung in Kuala Lumpur "besorgt" über die Situation in China sei, und daß die malaysischen Diplomaten vorübergehend abgezogen würden. Allerdings wolle Malaysia sich nicht in die inneren Angelegenheiten Chinas einmischen, empfinde aber "Trauer" über die zahlreichen Toten.

Die philippinische Präsidentin Aquino erklärte am 8. Juni, daß die Beziehungen ihres Landes zur Volksrepublik trotz der bedauerlichen Ereignisse unverändert blieben.¹³

Australien sagte angesichts der Ereignisse den gerade geplanten Besuch seines Premierministers ab. Vorher hatten bereits Tausende von Chinesen, die in Australien leben, gegen die Ereignisse in China protestiert.

6. Reaktionen in Taiwan, Hongkong und Macau

Der stellvertretende Leiter des Büros für Taiwan-Angelegenheiten beim Staatsrat, Tang Shubei, erklärte am 26. Juni, daß seine Regierung weiterhin konsequent an der Linie "friedliche Wiedervereinigung" und "Ein Land, zwei Systeme" festhalte, also die persönliche Sicherheit der Landsleute aus Taiwan gewährleiste und deren Eigen-

tum, Rechte und Interessen schützen werde, sobald sie auf dem Festland Verwandte besuchen, Reisen unternehmen, Investitionen tätigen oder Handel treiben. Nach wie vor sei die Regierung bestrebt, den Handels-, Flug-, Schiffs-, Post- und Telekommunikationsverkehr sowie den Verkehr in anderen Bereichen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße zu fördern und die friedliche Wiedervereinigung des "Vaterlands" voranzubringen.

Bedauerlich sei es allerdings, daß sich die "Taiwan-Behörden" mehrmals für "extreme Minderheiten" (gemeint sind die Studentenfürher) stark gemacht hätten, die Unruhe stifteten und schließlich den konterrevolutionären Putsch in Beijing vom Zaune brachen. Es habe in Taiwan aber auch "weitsichtige" Persönlichkeiten gegeben, die die wahren Tatsachen zur Kenntnis genommen hätten.¹⁴

Häufig war in den chinesischen Medien auch von "taiwanesischen Geheimagenten" die Rede, die in aller Heimlichkeit die Drähte beim Studentenaufstand gezogen hätten. So habe beispielsweise Mitte Juni in Guiyang, der Hauptstadt der Provinz Guizhou, ein vom militärischen Nachrichtenbüro Taiwans ausgesandter Spion festgenommen werden können. Nach Angaben der örtlichen Polizei handle es sich dabei um den privaten Geschäftsmann Ou Zongyou, der im November 1984 vom taiwanesischen Geheimdienst in Hongkong angeworben worden sei. Ou habe, als in Beijing die "konterrevolutionäre Rebellion" ausbrach, Gerüchte verbreitet und die KPCh verleumdet. Er habe verbotene Publikationen gesammelt und Fotografien von staatsfeindlichen Demonstrationen gemacht. Ou solle in Hongkong eine Spionageausbildung bekommen haben und habe außerdem versucht, Kontakte mit Taiwan-Agenten in Hongkong, Guangzhou, Shenzhen und Guilin herzustellen. Auch habe er andere Spione für Taiwan auf dem Festland angeworben.¹⁵

Ferner habe sich am 23. Juni ein weiterer Agent mit dem Namen Qi Zuojie freiwillig bei der Staatssicherheitsabteilung der Provinz Liaoning den Behörden gestellt. Der 26jährige Qi, der in Shenyang geboren ist, habe im Januar 1989 kurzzeitig China verlassen und sei

dabei vom militärischen taiwanesischen Geheimdienst angeworben worden. Nach einer besonderen Spionageausbildung sei er in den Rang eines Leutnants des Geheimdienstes erhoben worden. Kaum hatten die Unruhen in China begonnen, habe die taiwanesischen Spionageorganisation ihn aufs Festland zurückgesandt. Qi habe versucht, in Shenyang Informationen zu sammeln und sie an seine Auftraggeber weiterzuleiten. Dabei habe es sich hauptsächlich um Informationen über die Studentenunruhen in Shenyang und im übrigen Land gehandelt.

Qi sei jedoch seit seiner Rückkehr von den Staatssicherheitsbehörden observiert worden und habe sich, weil er dies bemerkt hatte, schließlich freiwillig gestellt.¹⁶

Am 23.6. warf ein Sprecher der Regierung in Taipei Spionagevorwürfe der VR China zurück; sie seien "lächerlich und aus der Luft gegriffen".

Auch das Verteidigungsministerium und die für Einsätze auf dem Festland zuständige Abteilung der Guomindang distanzieren sich mit Nachdruck von den Vorwürfen. Die 13 bisher auf dem Festland verhafteten Personen hätten nichts mit dem Militärischen Nachrichtendienst des Verteidigungsministeriums oder aber der Guomindang zu tun. Die Kommunisten versuchten mit ihren Anschuldigungen lediglich einen Vorwand zu finden, um weitere demokratische Vorkämpfer auf dem Festland verhaften und hinrichten zu können. Es sei einfach lächerlich, "äußere Einflüsse" für die Unruhe in der Bevölkerung auf dem Festland verantwortlich zu machen.¹⁷

In Hongkong kam es im Anschluß an das Beijinger Massaker zu Protestmärschen, an denen teilweise bis zu einer Million Menschen teilnahmen. Nirgends hat die Bombe von Beijing so gewaltig eingeschlagen wie in der Hongkonger Bevölkerung, die sich seit Jahren höchst unpolitisch gezeigt und das Verhältnis zu China weitgehend unter kommerziellen Gesichtspunkten betrachtet hatte.

Da etwa 60% aller Investitionen auf dem Festland via Hongkong gekommen sind, mußten in Beijing notwendigerweise die Alarmglocken schrillen. So beeilte sich denn auch Ji Pengfei,

der Leiter des Büros für Hongkong- und Macau-Angelegenheiten beim Staatsrat, am 22. Juni eine Erklärung abzugeben, derzufolge die Hongkong- und Macau-Politik der VR China unverändert fortgeführt werde. Vor allem halte sich die chinesische Regierung auch weiterhin an ihr Konzept "Ein Land, zwei Systeme". Die Gemeinsame Verbindungsgruppe und die Bodenkommission zwischen China und Großbritannien sowie zwischen China und Portugal sollten planmäßig ihre Arbeit fortsetzen. Leider seien die Landsleute in Hongkong und Macau über die Vorgänge in Beijing falsch informiert worden, so daß es "Mißverständnisse" gegeben habe.¹⁸

Besorgt äußerte sich auch die portugiesische Regierung, die gerade einen Vertrag mit Beijing geschlossen hatte, demzufolge die Souveränität über Macau i.J. 1999 an China zurückfällt. Man hoffe, daß China sich strikt an die Abmachungen halte.¹⁹

7.

Reaktionen der Geschäftswelt

Nach Angaben von 14 Gesellschaften für Außenhandel in Shanghai hatten bereits Anfang Juni über 320 Kunden aus 123 Gruppen ihren Shanghaibesuch abgesagt.

Die Partner von weiteren 238 Betrieben mit ausländischer Kapitalbeteiligung in Shanghai fuhren dagegen mit der normalen Geschäftsabwicklung fort. Vor allem blieben dort auch die ausländischen Manager und Techniker auf ihren Posten. Im Juni stand auch bereits fest, daß die Gründung von 102 Unternehmen mit ausländischem Kapital und die Vorbereitung weiterer 273 geplanter Joint Ventures fortgeführt werde.

Einige ausländische Gesellschaften in China hätten ferner, wie es heißt,²⁰ dem chinesischen Ministerium für Außenwirtschaft und -handel gegenüber mitgeteilt, daß, obwohl ihre Regierungen die Kreditverträge mit China annulliert haben, sie ihre Regierung überzeugen würden, übereilte Entscheidungen rückgängig zu machen und weiter mit China zusammenzuarbeiten.

8. Chinesische Selbstrechtfertigungen

8.1.

ZK-Erklärung zum weiteren außenpolitischen Kurs der VR China

Am 23. und 24. Juni 1989 fand in Beijing das 4. Plenum des XIII. ZK statt, das die Niederschlagung der Studentendemonstrationen billigte, den früheren ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang wegen seines falschen Verhaltens beim "parteifeindlichen und antisozialistischen Aufruhr" verurteilte, ein Personalrevirement in der Spitzenführung beschloß und außerdem feststellte, daß die vom XIII. Parteitag festgelegte grundlegende Linie - "Ein Mittelpunkt (Wirtschaftsaufbau) und zwei Grundsätze" (Festhalten an den Vier Grundprinzipien sowie am Reform- und Öffnungskurs) - weiter in die Tat umgesetzt werde. Neben diesem langfristigen Kurs müßten vier kurzfristige Aufgaben erledigt werden, nämlich die Beendigung des "Aufruhrs", die Verbesserung des Wirtschaftsumfelds, die Verschärfung der ideologisch-politischen Arbeit und die Intensivierung des Parteaufbaus.

Was die Außenpolitik anbelangt, so werde der Kurs der Unabhängigkeit, der Selbständigkeit und der Friedenspolitik weiter fortgesetzt, und zwar auf der Grundlage der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz. Auf keinen Fall dürfe China zum alten Weg der Abkapselung zurückkehren.²¹

8.2.

Beschwichtigende Erklärungen Li Pengs

Am 21. Juni erklärte Ministerpräsident Li Peng bei einem Zusammentreffen mit seinem pakistanischen Amtskollegen, daß Chinas Reform- und Öffnungspolitik ebenso unverändert fortgeführt werde wie seine friedliche Außenpolitik der Unabhängigkeit und Selbständigkeit. China werde auf der Grundlage der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz die freundschaftlichen Beziehungen mit anderen Ländern weiterentwickeln und blicke der Zukunft "optimistisch entgegen".

Er erläuterte seinem Gast die gegenwärtige Situation im Lande. "Eine 3 Fuß dicke Eisschicht" sei nicht "das Ergebnis eines einzigen Frosttages". Die Studentendemonstrationen, die

zum Aufruhr und zum Putsch führten, hätten ihren Hintergrund sowohl im In- als auch im Ausland. In China, einem Entwicklungsland mit einer Einwohnerzahl von 1,1 Milliarde Menschen, könnten die Probleme nicht an einem einzigen Tag gelöst werden; kein Wunder, daß "einige Leute im In- und Ausland" ihr Mißfallen geäußert hätten; doch gebe es zur Führung durch die KPCh und zum Sozialismus keine Alternative.

Beim Vorgehen gegen die Demonstranten müßten die "beiden ihrem Wesen nach verschiedenen Widersprüche streng voneinander unterschieden" werden - ein alter Mao-Satz aus dem Jahre 1957! Die wenigen Gewalttäter, die das Strafgesetz verletzten, müßten strikt nach Gesetz bestraft werden, während die Mehrheit, die an Demonstrationen, Sitz- und Hungerstreiks teilgenommen und manchmal auch radikale Meinungen geäußert habe, großmütig behandelt werde. Im übrigen habe sich das Leben in Beijing bereits wieder normalisiert, und die Lage im ganzen Land sei stabil.

Gerade in schwierigen Zeiten offenbare sich übrigens, wer die echten Freunde sind - dazu gehöre auch Pakistan. Das im Kampf erprobte chinesische Volk gebe keinem äußeren Druck nach. Die chinesische Regierung sei überzeugt, daß Ausländer, sobald sie einmal die wahren Tatsachen kennengelernt hätten, ihre Ansichten wieder ändern würden.²²

Anmerkungen:

- 1) Bulletin der Bundesregierung vom 30.6.1989.
- 2) XNA, 6.5.89.
- 3) XNA, 29.6.89.
- 4) Bulletin der Bundesregierung vom 13.6.1989.
- 5) XNA, 7.6.89.
- 6) Fernsehen der DDR vom 22.6.1989, nach MD Asien, 23.6.89, S.5.
- 7) Nach MD Asien, 4.7.89, S.4 f.
- 8) Kyodo in SWB, 9.6.89.
- 9) MD Asien, 28.6.89, S.5.
- 10) PTI in SWB, 6.6.89.
- 11) SWB, 9.6.89.
- 12) Radio Beijing in SWB, 20.6.89.
- 13) Nach SWB, 9.6.89.
- 14) XNA, 27.6.89.
- 15) XNA, 22.6.89.
- 16) Radio Shenyang in MD Asien, 27.6.89, S.5.
- 17) CNA, 23.6.89.
- 18) XNA, 22.6.89.
- 19) SWB, 8.6.89.
- 20) BRu 1989, Nr.27, S.6.
- 21) RMRB, 24.6.89.
- 22) XNA, 21.6.89.